

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 886846 ppbn d

Inhalt

Hans Kolo MdL, Umweltpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion, zu Tschernobyl und die Folgen: Entwarnung unverantwortlich.

Seite 1

Dr. Uwe Holtz MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, zu Minister Warnkes Verständnis von Bevölkerungspolitik in der Dritten Welt: Die beste „Pille“ ist die Entwicklung.

Seite 4

Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, zum zweiten Bericht der Bundesregierung über den Mutterschaftsurlaub: Für viele berufstätige Frauen zu teuer.

Seite 5

41. Jahrgang / 90

14. Mai 1986

Entwarnung nach Tschernobyl unverantwortlich

Die Regierungs-Politiker in Bonn und München lassen die entscheidenden Fragen unbeantwortet

Von Hans Kolo MdL
Umweltpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Mit dem Abklingen des radioaktiven Isotops Jod 131 (Halbwertszeit acht Tage) in der Luft ist das Problem der Radioaktivität längst nicht ausgestanden. Weitere strahlende Substanzen mit langen Halbwertszeiten (Caesium 137 30 Jahre, Strontium 90 28 Jahre, Plutonium 24.000 Jahre) sind jetzt am Boden, in der Vegetation, auf den Hausdächern, in den Sandkästen allgegenwärtig.

Für die politisch Verantwortlichen in Bonn und München ist dies freilich kein Problem: Wie ich bei einem Besuch in der letzten Woche bei der Gesellschaft für Strahlenforschung (GSF) in Neuherberg erfuhr, wird die Tschernobyl-Strahlung keineswegs auf die möglichen Belastungswerte - beispielsweise für Mitarbeiter in kerntechnischen Anlagen - angerechnet, sondern zählt jetzt bereits zur „Grundbelastung“ aller Bürger. Diese dürfte sich damit von etwa 300 Millirem auf 600 Millirem pro Jahr verdoppeln. Dies ist eine zynische Relativierung der Gefahren aus der Kernenergie. Die Grundbelastung der Bevölkerung aus natürlicher Strahlung und Radioaktivität aus der Atomtechnologie wird einfach hochgeschraubt, ohne daß sich die Verantwortlichen Gedanken darüber machen.

Es ist zu befürchten, daß mit ähnlicher Relativierung der Grundgedanke des Strahlenschutzes überhaupt - nämlich die Strahlenbelastung so gering wie möglich zu halten, weil bei der Radioaktivität keine Dosis ohne Wirkung ist - aufgehoben wird. In dieses Bild paßt übrigens hervorragend die vom Bundesinnenministerium geplante Änderung der Strahlenschutzverordnung, die genau dies beabsichtigt.

Eine gefährliche Relativierung der Risiken, die in keiner Weise zu verantworten ist, stellt aber auch die „Entwarnung“ durch die Bayerische Staatsregierung und die Bundesregierung dar. Im Gegensatz zu Österreich - wo wesentlich weitergehende Verbote und Schutzmaßnahmen trotz rückläufiger Radioaktivität aufrechterhalten werden - wird bei uns „Entwarnung“ ausgesprochen, als wäre die radio-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204-08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vervielfältigung
mit mechanischer Reproduktion
Reproline-Partner



aktive Belastung in der Bundesrepublik überall gleich gewesen. Als wären keine regionalen Unterschiede aufgetreten und hätten auf allen Pfaden - Luft, Boden, Vegetation, unterschiedliche Nahrungsmittel, Wasser - die gleichen Werte vorgelegen.

Der Rückgang der Jod-131-Belastung darf auf keinen Fall über die bestehenden und anstehenden Gefährdungen aus der Radioaktivität hinwegtäuschen. Nachdem die Verantwortlichen bei der aktuellen Gefährdung kläglich versagt haben, besteht die Gefahr, daß sie mit ihren Verharmlosungs- und Entwarnungsmeldungen vergessen, was noch auf uns zukommt. Statt zu schweigen, gilt es jetzt, sich überlegt auf die Zukunft mit der Radioaktivität vorzubereiten und Vorsorgemaßnahmen zu treffen.

Der Komplex an Gefahren, die in den nächsten Wochen und Monate, vielleicht erst in Jahren zu Tage treten, läßt sich mit drei Fragen beschreiben: Was sollen wir essen? Was sollen wir trinken? Wo sollen wir wohnen? Mit diesen Fragen müssen sich jetzt Politik und Wissenschaft auseinandersetzen.

Thema Nummer eins ist die Trinkwasserversorgung, wo sich meiner Meinung nach die ersten Probleme in spätestens vier Wochen einstellen werden. Dann dürften die radioaktiven Substanzen soweit in den Boden gewaschen sein, daß sie das Grundwasser und den Bereich der Flachbrunnen erreichen und die Trinkwasserspeicher gefährlich belasten, aus denen viele bayerische Kommunen ihr Trinkwasser beziehen. Doch auch die Versorgung mit Trinkwasser aus den Tiefbrunnen könnte langfristig - möglicherweise erst nach Monaten oder Jahren - gefährdet sein, zumal viele der radioaktiven Substanzen Halbwertszeiten von einigen Jahren haben. Dieses Problem ist jetzt bekannt. Jetzt muß auch überlegt werden, was dagegen unternommen werden kann. Jetzt muß gehandelt werden, anstatt abzuwarten, bis diese Gefährdungen akut werden.

Ebenso wichtig wie die Trinkwasserversorgung ist auch die Sicherstellung der Ernährung. Hier gibt es bereits jetzt Probleme, da vielfach die Vorräte an Tiefkühlgemüse und Dosen-Nahrungsmittel sowie Trockenmilch aufgebraucht sind. Die langlebigen radioaktiven Substanzen sind möglicherweise so nachhaltig wirksam, daß die Ernte dieses Jahres als unbrauchbar umgepflügt werden muß. Wie kann dann die Ernährung sichergestellt werden? Engpässe sind jetzt schon bei Gemüse, Obst und Milch feststellbar. Diese Engpässe werden sich in den nächsten Monaten auf Bereiche wie Fleisch, Fisch und Eier erweitern.

Betroffen sind von der Radioaktivität in der Nahrung vor allem Risiko-Gruppen wie Schwangere, Säuglinge und Kleinkinder sowie Kranke. Es darf keine Lösung sein, die Grenzwerte für radioaktive Substanzen wie etwa das Caesium in Gemüse hochzuschrauben, um die Versorgung zu sichern, oder sie gar - als angeblich überflüssig - aufzuheben. Wie alarmierend die Situation jetzt schon ist, zeigen zwei Beispiele: Viele stillende Mütter stillen jetzt ab, um die Gefahr für Ihre Kinder durch eine möglicherweise belastete Muttermilch - bezeichnenderweise gibt es dazu bis heute keine Messungen auf Radioaktivität - zu vermeiden. Mit was aber sollen sie ihre Kinder, die bereits durch einen Bruch-



teil der den Erwachsenen zugemuteten Strahlendosen gesundheitlich gefährdet sind, ernähren? Mit Milch aus Trockenmasse - wer garantiert, daß es sich bei der Trockenmilch um „alte“ Ware vor dem Tschernobyl-Unglück handelt? Oder Kindernahrung, die zwar auf alle möglichen Giftstoffe regelmäßig kontrolliert wird, aber nicht auf ihren Gehalt an Radioaktivität?

Unvermutet zur absoluten Risikogruppe besonderer Art sind jene Menschen geworden, die sich mit möglichst rückstandsfreien Nahrungsmitteln ernähren. Bereits Ende der letzten Woche waren die Lager selbst des größten Bioahrungs-Händlers in München geräumt. Nachschub kommt nicht, da die Biobauern und Biogärtner ihre neuen Erzeugnisse wegen der hohen Strahlenwerte vernichten müssen. Damit kommt auf diesen Personenkreis eine doppelte, hochgefährliche Belastung zu: Ihnen stehen nur Nahrungsmittel zur Verfügung, die radioaktiv verseucht sind und zudem noch hohe Anteile an Chemie aufweisen - was für sie und ihren chemie-ungewohnten Stoffwechsel mit extremen Gesundheitsrisiken verbunden ist.

Dritter Schwerpunkt neben Trinkwasser und Nahrung ist das Problem des Wohnumfeldes. Auch innerhalb der Wohnungen ist bereits ein deutlicher Anstieg an Radioaktivität festzustellen - wenn die Werte auch noch deutlich unter den „Außenwerten“ liegen. Doch selbst für Menschen, die weitestgehende Schutzmaßnahmen vor Radioaktivität - seltenes Lüften, keine Straßenkleidung und -schuhe in den Wohnungen - ergriffen haben, droht Gefahr, denn die auf den Hausdächern gemessenen Werte sind alarmierend hoch. Da es in den Häusern zum Dach hin keine wirksame Isolierung gibt, ist hier mittelfristig ein Eindringen der strahlenden Substanzen in die Wohnungen zu befürchten, was auch in Wohnungen zu extrem hohen Dosen führen dürfte.

Trinkwasser, Nahrung, Wohnung - dies sind die drei Komponenten, die jetzt die Planungen und Vorsichtsmaßnahmen der Politiker ausfüllen müssen. Mit Sicherheit wird dieser Verantwortung nicht gerecht, wer um einer billigen politischen Absicht willen - nämlich die Sensibilität der Bürger gegenüber der Kernenergie nicht zu erhöhen und damit den hemmungslosen Ausbau der Kernenergie vorantreiben zu können - jetzt verharmlost und beschwichtigt. Das Nachdenken über die Zukunft mit der Tschernobyl-Radioaktivität muß bei den Regierungen in München und Bonn endlich einsetzen.

(-/14.5.1986/vo-he/rs)

* * *



Die beste „Pille“ gegen die Bevölkerungsexplosion

Wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Dritten Welt verbessern

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

In einem vor kurzem erschienenen Artikel zur Problematik des Bevölkerungswachstums kommt Jürgen Warnke, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, zu dem Schluß, daß Familienplanung zwar kein Ersatz für Entwicklungspolitik, als deren Ergänzung aber sinnvoll und unabdingbar sei. So weit, so gut.

Äußerst bedenklich ist hingegen die Argumentation des Artikels. Armut, Hunger, Gewalt, Aggression, Brutalität und gar Sittenverfall: kann, ja darf ein Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit behaupten, daß sie die Folge einer „zu großen Dichte“, eines zu hohen Bevölkerungswachstums seien? Und daß eine Verringerung des Bevölkerungswachstums die Vergiftung und Plünderung unseres Planeten verhindere, daß also eine zu hohe Geburtenrate eine solche Vergiftung und Plünderung erfordere, kann im Ernst niemand behaupten, der sich über die vielfältigen und komplexen Ursachen der ökologischen Krise hier und in der Dritten Welt informiert hat.

Die bisherige Erfahrung und wissenschaftlichen Analysen der unterschiedlichsten Art - darunter historische Untersuchungen der Gründe und Bedingungen des „demographischen Übergangs“ in Europa im Verlauf der letzten 150 Jahre - haben erbracht, daß ein hohes Bevölkerungswachstum nicht nur Probleme wie Hunger, Unterernährung, chronische Krankheiten, Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung herbeiführt: sie wird auch von ihnen verursacht. Wer diese wechselseitige Abhängigkeit unerwähnt läßt, vereinfacht das Problem und erschwert zugleich seine Lösung.

Die freilich ist für Industrie- wie Entwicklungsländer unbequem; so stellte zum Beispiel schon die erste Weltbevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen in Bukarest 1974 fest, daß Maßnahmen zur Verbesserung von Gesundheitswesen, Erziehung, Stellung der Frau in der Gesellschaft und sozialer Gerechtigkeit ergriffen werden müßten, um günstige Voraussetzungen zur Senkung der Geburtenrate im jeweiligen Lande zu schaffen. Zur Durchsetzung solcher Maßnahmen ist nicht nur die Eigenverantwortung der Entwicklungsländer gefordert, sondern auch unsere praktische Solidarität.

Wenn eine hohe Geburtenrate in vielen Ländern der Dritten Welt nicht nur kulturell bedingt ist, sondern - ebenso wie in Europa vor und zu Beginn der industriellen Revolution - angesichts der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände auch durchaus „sinnvoll“ ist (zum Beispiel im Interesse der Alterssicherung), dann müssen auch diese Zustände so geändert werden, daß ein anderes generatives Verhalten sinnvoll erscheint. Eine bloße Sicherung der Ernährung, wie sie Warnke zu unterstützen bereit ist, wird dazu jedenfalls nicht genügen.

Der Erfolg ist nur auf beiden Wegen möglich: Hilfen zur Familienplanung müssen einhergehen mit einer Verbesserung der Überlebens- wie Lebenschancen für Kinder und Jugendliche, einem höheren Status der Frauen und allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Verbesserungen. Die beste Pille zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums ist wirtschaftliche und soziale Entwicklung.

Eine Politik freilich, die unter einer Verbesserung der Wirksamkeit von Entwicklungshilfe den Rückfall in nur ökonomisch orientierte Modernisierungsstrategien versteht, wird diese sozialen Zusammenhänge als lästig empfinden und so weit wie möglich ausblenden. Der Artikel von Warnke ist ein neuerliches Beispiel dafür.

(-/14.5.1986/vo-ha/rs)

* * *



Mutterschafts-Urlaub für viele berufstätige Frauen zu teuer

Zum zweiten Bericht der Bundesregierung über den Mutterschaftsurlaub

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Die Fakten liegen seit gestern auf dem Tisch: Immer weniger Mütter nehmen ihren Mutterschaftsurlaub wahr. Die Inanspruchnahme war von 1979 bis 1982 auf 93,4 Prozent gestiegen. Seither nimmt sie kontinuierlich ab, jedes Jahr um einige Prozente. 1982 waren es noch 321.804 Mütter, 1985 nur noch 270.100, 51.704 weniger. Für die Bundesregierung, auch für Rita Süßmuth, ist das nur ein „leichter Rückgang“, beileibe keine Folge ihrer rigorosen Sparpolitik zu Lasten der Mütter. Diese Einschätzung ist so unwahr wie zynisch. Daß Kohl und Geißler das Mutterschaftsgeld von 750 DM auf 510 DM, also um 240 DM im Monat zusammengestrichen haben, das spüren die jungen Familien.

Es ist Zeit, daß Kohl/Süßmuth umsteuern.

Mütter nahmen im Zeitraum von 1983 bis 1985 rund fünf Millionen Tage weniger Mutterschaftsurlaub (1983: rund 37,8 Millionen, 1985 nur 32,9 Millionen). Die Rückkehrquote in den Beruf unmittelbar nach Ablauf des Mutterschaftsurlaubs sinkt leicht, bleibt aber hoch: 38 Prozent der befragten Frauen sind sofort in den Beruf zurückgekehrt; 1984 sogar 44 Prozent. Ein wichtiger Gesichtspunkt für die Rückkehrwilligkeit stellen die Berufserfahrungen dar: je positiver die sind, je interessanter und qualifizierter ihre Arbeit, desto häufiger kehren die jungen Mütter an ihren angestammten Arbeitsplatz zurück. Die Rückkehrfreude schwankt von 44 Prozent (hohe Berufszufriedenheit) bis unter 25 Prozent (geringe Berufszufriedenheit). Wenn es der Bundesregierung ernst ist mit ihrer Behauptung, Rückzug und Verdrängung von Frauen aus der Berufswelt zu verhindern, dann liegen hier neue Ansatzpunkte: bessere Arbeitsbedingungen und Aufstiegschancen für junge Mütter sind wichtig. Schließlich sind die meisten Mütter auf den Verdienst angewiesen.

Der Rückgang bei der Inanspruchnahme des Mutterschaftsurlaubs ist ein alarmierendes Anzeichen dafür, daß die Wendepolitiker den Mutterschaftsurlaub für viele berufstätige junge Mütter zu teuer gemacht haben.

Das neue Bundeserziehungsgeldgesetz, von CDU/CSU und FDP als Wohltat gepriesen, macht ihn gar zu einem risikoreichen Vorgang. Der Kündigungsschutz gilt nicht mehr durchgehend. Bei behaupteter „unbilliger Erschwernis“ für den Betrieb darf die Erziehungsurlauberin auf ewig zu Hause bleiben, um dann den Status einer Sozialhilfeempfängerin zu erwerben. Das nimmt Geißler, einer der „Väter“ dieses Gesetzes gerne in Kauf, besteht der „gewaltige frauen- und familienpolitische Fortschritt“ des Erziehungsgeldgesetzes für ihn doch darin, daß auf Erwerbseinkommen angewiesene Frauen, zum Beispiel eine alleinerziehende Mutter, durch Erziehungsgeld zuzüglich Sozialhilfe für sich und das Kind nicht mehr in eine soziale Notlage geraten könne.



Ist es wirklich das Ziel der Bundesregierung, Frauen auf diesem niedrigen wirtschaftlichen Niveau zu halten? Und das auf Dauer?

Sozialhilfe statt Erwerbseinkommen, das entspricht nicht den Wünschen der jungen Mütter. Sie wollen

- eine Erhöhung des Mutterschaftsurlaubsgeldes von 800 bis 900 DM,
- eine Verlängerung des Mutterschaftsurlaubs mindestens bis zur Vollendung des ersten Lebensjahres des Kindes und vollen Kündigungsschutz,
- ausreichende und qualitativ gute Kinderbetreuungsmöglichkeiten, um die anschließende Berufstätigkeit zu ermöglichen.

Teilzeitarbeit ist für Mütter nur eine zeitlich begrenzte Alternative, um Beruf und Familie fortzusetzen. Wenn sie nur Frauen, nicht aber auch Männer in Anspruch nehmen, dann vertieft sie die Spaltung des Arbeitsmarktes zu Lasten der jungen Mütter.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat mit ihrem Elternurlaubsgesetzentwurf die Weichen in die richtige Richtung gestellt. Aber die CDU/CSU/FDP-Mehrheit hat ihn abgelehnt. Für die SPD-Bundestagsfraktion steht fest, daß

- die 600 DM Mutterschaftsurlaubsgeld gerade für berufstätige und arbeitslose junge Mütter wieder auf mindestens 750 DM angehoben,
- der Kündigungsschutz wieder vervollständigt,
- der Elternurlaub verlängert und
- mehr Geld für Alleinerziehende, die sich häufig in schwieriger finanzieller Lage befinden, bereitgestellt werden muß.

Die Bundesregierung sollte aufgrund der vorliegenden Zahlen diese Forderungen endlich aufgreifen.

(-/14,5,1986/vo-ha/rs)

